



Uwe Hixsch CC BY-NC-SA 2.0

EU-MERCOSUR: GIFT FÜR BEIDE SEITEN DES ATLANTIKS

Wie das EU-Mercosur-Freihandelsabkommen droht, Menschenrechte und Klimaschutz zu untergraben

Es war eines der größten Lobbyevents unter Klima-Verbrecher:innen seit Langem. Vom 12. bis zum 14. März fanden in Belo Horizonte, Brasilien, die Deutsch-Brasilianischen Wirtschaftstage statt. Ganz vorne mit dabei: die deutsche Automobil- und Chemieindustrie. Gemeinsam mit dem Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz Robert Habeck und dem Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft Cem Özdemir setzten sich die Autolobbyisten dort für den Abschluss des EU-Mercosur-Freihandelsabkommens ein und versuchten, den veralteten und neokolonialen Giftvertrag grün anzustreichen.

Schon ziemlich lange her ist 1999. So lange, dass wir zu diesem Zeitpunkt in Deutschland noch eine andere Währung hatten. Seitdem hat sich vieles verändert. Aber nicht alles, und schon gar nicht zum Guten, zum Beispiel das EU-Mercosur-Abkommen. Denn 1999 beschloss die EU gemeinsam mit Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay, ein Freihandelsabkommen verabschieden zu wollen. Die Verhandlungen dazu

dauerten über 20 Jahre. Erst im Jahr 2019 kam es zu einem politischen Abschluss. Zu diesem Zeitpunkt war die Abholzung im Amazonas-Regenwald so hoch wie schon lange nicht mehr. Über 9.000 Quadratkilometer Amazonaswald wurden in dem Jahr vernichtet. Trotz der politischen Einigung lag die Ratifizierung des Abkommens in weiter Ferne. Nicht zuletzt, weil in dieser Zeit noch der rechts-extreme Jair Messia Bolsonaro an der Macht war.



Bereits heute produziert Deutschland Überkapazitäten an Fleisch. Doch durch das Abkommen soll der Import, von zum Beispiel Rind- und Hühnerfleisch verdoppelt werden.

Nach der Wahl des neuen brasilianischen Präsidenten Luiz Inácio Lula da Silva atmeten viele Bäuerinnen und Bauern, Menschenrechtsaktivist:innen und Klimaschützer:innen auf. Endlich besteht wieder eine Chance auf den Erhalt des Amazonas, eine verlässliche Partnerschaft in den Bereichen Menschenrechte, Arten- und Klimaschutz sowie der Transformation unserer Wirtschaften. Leider wird diese Hoffnung durch die fortschreitenden Verhandlungen zum EU-Mercosur-Deal bereits im Keim erstickt. Der UN-Menschenrechtsexperte und Völkerrechtsprofessor Olivier de Schutter¹ bringt es treffend auf den Punkt, wenn er sagt, es handele sich dabei um ein Abkommen, bei dem es um Autos geht, die gegen Rindfleisch eingetauscht werden. Es sei eine „Beleidigung für alle Jugendlichen, die für das Klima marschiert sind, und für die Verteidiger von (Menschen-)Rechten und Umwelt in Brasilien.“

Klimakiller-Deal

Kurz zusammengefasst fördert das Abkommen den Handel mit klimaschädlichen Produkten. Aus der EU sollen in erster Linie Verbrenner-SUVs, Autoteile und Maschinen sowie Pestizide in den Mercosur-Raum exportiert werden. Dafür haben sich die Handelspartner auf Importquoten von Agrarprodukten wie Fleisch, Mais und Soja geeinigt. Alle Produkte, die die Abholzung des Regenwaldes vorantreiben. Bereits heute produziert Deutschland Überkapazitäten an Fleisch. Doch durch das Abkommen soll der Import von zum Beispiel Rind- und Hühnerfleisch verdoppelt werden. Dabei gehen 60 % der abgeholzten Flächen im Amazonasgebiet auf die Weidewirtschaft zurück. Zwar gilt in der EU eine Verordnung zu entwaldungsfreien Lieferketten. Genau für all jene Waren (Mais, Rohrzucker, Reis, Geflügel, Bioethanol, etc.), die durch das EU-Mercosur gefördert werden, greift diese allerdings nicht.

Mit allen Tricks zum Giftvertrag

Weil der Widerstand gegen das Abkommen immer größer wird und die EU-Kommission aus den Frei-

handelsabkommen TTIP mit den USA und CETA mit Kanada gelernt hat, versucht sie jetzt durch zwei Tricks das Mercosur-Abkommen schnell zum Abschluss zu bringen. Zum einen strengt sich die Kommission (unter Mithilfe Deutschlands) an, den ausgehandelten Vertrag in ein möglichst grünes Licht zu stellen. Dafür soll dem Giftvertrag ein Beipackzettel, eine Zusatzklärung angehängt werden. Die juristische Wirksamkeit muss jedoch stark angezweifelt werden. Ohnehin ändert eine Zusatzklärung nichts am Kern des Abkommens. Der zweite Trick ist ein demokratiepolitischer Skandal. Um das Abkommen nämlich in Kraft zu setzen, bedarf es wegen seiner politischen Teile Einstimmigkeit unter den EU-Staaten. Einige Länder wie Österreich, Frankreich oder die Niederlande haben jedoch große Bedenken. Daher will die EU-Kommission das Abkommen aufsplitten. So könnte der Handelsteil schnell (und ohne Einbeziehung der Parlamente) in Kraft treten und der politische Teil würde dann vielleicht niemals beschlossen. Das ist unter anderem auch deswegen problematisch, weil sich zum Beispiel Vertragsklauseln zu Menschenrechten überhaupt nur im politischen Teil finden.

Bleiben wir also wachsam, lassen wir uns den Giftvertrag nicht als Regenwaldretter verkaufen!



Ludwig Essig

Ludwig Essig ist Koordinator des Netzwerks gerechter Welthandel, einem zivilgesellschaftlichen Bündnis, welches sich für eine global gerechte, faire und nachhaltige Außenwirtschaftspolitik einsetzt.

¹ Zitiert in: Fritz, Thomas (2020): EU-Mercosur Abkommen. Risiken für Klimaschutz und Menschenrechte.

RUNDBRIEF

Forum Umwelt und Entwicklung



1/2023

TECH[NO]FIXES ZIVILGESELLSCHAFTLICHE PERSPEKTIVEN IM UMGANG MIT TECHNOLOGIEN

TECHNOFIXES

Verschlimmern Technologien gesellschaftliche Krisen?

› Seite 2

SEXISTISCHE ALGORITHMEN VON MÄNNERN GEFÜTTERT

Wie der Gender Bias entsteht und wie wir ihn beseitigen können.

› Seite 17

DIE GUTE ARBEIT VON MORGEN

Zwischen Digitalisierung, Demografie und Fachkräftemangel.

› Seite 26

DIE ZUKUNFT DER LANDWIRTSCHAFT?

Digitale Technologien für eine sozial-ökologische Transformation der Landwirtschaft.

› Seite 32